



Die Bundesreisezentrale hält die Zahl der Flugbuchungen der Verwaltung unter Verschluss. Foto: Urs Jaudas



Kennzahlen zu Schweizer Spitälern sind in der Datenbank des Bundes abrufbar. Foto: Raisa Durandi



Das Bundesamt für Rüstung gibt bisher gar keinen Datensatz frei. Foto: Christian Beutler (Keystone)



Selbst eine Armasuisse-Liste schützenswerter Kasernen ist nicht Teil von Open-Data. Foto: Philipp Schmidli

# Das schwarze Datenloch des Bundes

**Informationspolitik** Laut einem internen Papier verschweigen zahlreiche Behörden Datensammlungen, die sie eigentlich öffentlich machen sollten.

**Martin Stoll**

Eigentlich wäre es so: Die Verwaltung arbeitet, nimmt Daten auf, wertet sie aus, legt sie ab, sammelt Wissen. Und stellt dann dieses Wissen der Öffentlichkeit zur Verfügung.

In der Realität ist es so: 1434 Datensammlungen haben die Bundesstellen bis heute gemeldet. Nur 1434 Datensammlungen. Datenbanken mit Kennzahlen zu Schweizer Pflegeheimen und Spitälern etwa, ein Verzeichnis mit Bundessubventionen oder eine Datenbank mit dem umständlichen Kürzel Swiss PRTR. In diesem vom Bundesamt für Umwelt betriebenen Schadstoffregister lassen sich Emittenten von hochgiftigen und krebserregenden Substanzen finden. Die Chemiefabrik Axalta Polymer Powders in Bulle FR etwa. In der Nähe von Wohnquartieren gab das Unternehmen zwischen 2007 und 2013 gesamt 130 Tonnen Trichlorethen in die Luft ab – ein Lösungsmittel, das die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in die höchste Gruppe der krebserregenden Stoffe eingeteilt hat.

Solche Daten sollen laut einer vom Bundesrat 2014 verabschiedeten Strategie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Ganz grundsätzlich. Die von der Verwaltung auf einer Plattform bereitgestellten Informationen sollen es Bürgern ermöglichen, die Behörden-

arbeit besser zu verstehen. Forscher sollen die Daten genauso nutzen können wie Unternehmen, um damit neue Produkte und Dienstleistungen zu konzipieren.

Doch jetzt zeigt eine bislang nicht öffentlich gewordene Erhebung: Verwaltungsintern stösst das Vorhaben des Bundesrats auf erheblichen Widerstand. Viele Ämter behaupten, keine Daten zu generieren, die für die Öffentlichkeit von Interesse sein könnten. So muss davon ausgegangen werden, dass die Bundesverwaltung Hunderte, wenn nicht Tausende Datensammlungen betreibt, die nicht auf der offiziellen Liste figurieren.

Gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz hat diese Zeitung Zugang zu einem Bericht über die Umsetzung der Open-Government-Data-Strategie (OGD) des Bundes verlangt. Darin fasst das Bundesarchiv Ergebnisse einer Umfrage in der Bundesverwaltung zusammen. Diese war letztes Jahr aufgefördert worden, Datensätze bekannt zu geben, die von Aussenstehenden genutzt werden könnten. Von 104 Verwaltungseinheiten ignorierten neun die Umfrage. 47 Behörden meldeten, keinen Datensatz zu besitzen, der sich zur Veröffentlichung potenziell eignen würde.

«Dieses ernüchternde Resultat zeigt, dass die OGD-Strategie des Bundesrats in den Verwaltungseinheiten noch nicht flächendeckend umgesetzt wird», sagt

die Thurgauer SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher. Sie präsidiert mit SVP-Nationalrat Franz Grüter die parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit. Der IT-Unternehmer spricht von «einer eigentlichen Datendunkelkammer in der Verwaltung». Nationalrat Balthasar Glättli von den Grünen, ebenfalls Mitglied der Parlamentariergruppe, fordert jetzt ein OGD-Gesetz: «Offensichtlich passiert freiwillig sehr wenig bis gar nichts», sagt er.

## «Ungenügendes Bewusstsein»

Unter den Bundesämtern, die eine Null ins OGD-Register eintragen liessen, ist das Bundesamt für Rüstung (Armasuisse). In seinen Datenspeichern gebe es keine personenunabhängigen und sicherheitsmässig unbedenklichen Behördenintern, behauptet das Amt. Ein Blick auf deren Webseite zeigt das Gegenteil: Meldungen wären durchaus möglich. So betreibt Armasuisse unter anderem eine Datenbank, in welcher der militärische Schiesslärm und mögliche Grenzwertüberschreitungen landesweit erfasst werden. Weiter pflegt das Rüstungsamt ein Inventar der erhaltenen militärischen Hochbauten.

Keine Datenbank gemeldet hat auch die Direktion für Ressourcen des Auswärtigen Departements (EDA). Hier wird die Bundesreisezentrale betrieben, die für Verwaltungsangestellte pro Jahr rund

21000 Flugreisen bucht. Deren Datenbank gibt über das Reiseverhalten der Verwaltungseinheiten detailliert Aufschluss.

Die Begründungen für die Nicht-Meldungen sind vielfältig: Sie reichen von «zu aufwendig» bis «sicherheitsmässig bedenklich». Den Zugang zu einer Sammlung früherer Maturitätsprüfungen verweigert das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation mit einem Hinweis auf das Urheberrecht der beteiligten Lehrpersonen. Die Öffentlichkeit hätte durch eine Publikation der Reisedatenbank des Bundes keinen zusätzlichen ökonomischen Nutzen, argumentiert das EDA. Armasuisse teilt mit, es werde Lärmdaten der Armee in Zukunft öffentlich machen.

Auf den ersten Blick sei das Ergebnis der Umfrage «äusserst bescheiden», konstatiert das für die OGD-Umsetzung zuständige Bundesarchiv in seinem Bericht «Dateninventarisierung Bund». Lediglich 236 Datensammlungen konnten letztes Jahr in einer zweiten Inventarisierungsrunde neu erfasst werden. Das Inventar hätte – unabhängig von einem Publikationsentscheid – eine Übersicht über vorhandene Datenbanken schaffen und eine nationale Datentreue freigabepflichtung ermöglichen sollen. «Es ist anzunehmen, dass in der Verwaltung noch viele Datensammlungen vorhanden sind, von denen wir nichts

wissen», sagt Andreas Kellerhals, der OGD-Verantwortliche des Bundes. Das Bewusstsein der Verwaltung sei teilweise noch ungenügend.

Gleiches hat vergangene Woche die Finanzkontrolle (EFK) in einem Prüfbericht festgehalten. Es müsse auch bei der Datenfreigabe eine flächendeckende Kultur der Offenheit und Transparenz etabliert werden, hielten die Prüfer fest und betonten, dass die beschlossene Open-Data-Strategie für die Bundesverwaltung verbindlich und jeder anderen vom Bundesrat verabschiedeten Weisung gleichgestellt sei. Die Generalsekretärenkonferenz (GSK) des Bundes fordert die EFK auf, «langfristig einen verbindlichen, wirksamen Rahmen für offene Behördenintern zu schaffen».

## Ein neuer Anlauf des Bundesrats

Doch ausgerechnet in den Vorzimmern der Bundesräte ist Skepsis auszumachen. Die Schaffung von «Chief Data Officers», die das Open-Data-Thema in der Verwaltung verankern sollten, lehnten die Generalsekretäre mehrheitlich ab.

Vom Tisch ist der Vorschlag aber keineswegs: Im November befindet der Bundesrat über die Open-Data-Strategie der kommenden Jahre. Beim Bundesrat liegt ein Umsetzungsvorschlag, der die Verwaltung künftig verbindlicher zur Öffnung ihrer Datenbunker verpflichten würde.